



OFFENER BRIEF

Zum Antrag der FDP-Fraktion-Koblenz 'Auflösung der Klimaschutzkommission'

Offener Brief an die Mitglieder der Koblenzer Klimaschutzkommission und die Koblenzer Stadtratsfraktionen

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir sind alarmiert. Die Auswirkungen der Klimakrise sind auch in Koblenz und der Region unübersehbar. Hitzeperioden und Starkregeneignisse häufen sich - mit erheblichen Folgen und Risiken für die Gesundheit der Menschen und die globalen Lebensgrundlagen. Insbesondere Menschen mit weniger Einkommen sind davor am wenigsten geschützt.

Der Stadtrat in Koblenz hat darum vor einigen Jahren den Klimanotstand ausgerufen und als eine Gegenmaßnahme eine Klimaschutzkommission gebildet, in der neben Kommunalpolitiker*innen und der Verwaltungsspitze auch Expert*innen und Vertreter*innen der Zivilgesellschaft mitarbeiten. Ausgerechnet diese Kommission soll nun auf Antrag der FDP aufgelöst werden.

Der Vorschlag kommt von Seite derer, die bisher in der Koblenzer Stadtpolitik wenig zum Klimaschutz beigetragen oder konstruktive Vorschläge gemacht haben. Hiergegen sprechen wir uns entschieden aus und fordern die Ratsfraktionen auf, den Antrag zurückzuweisen.

Zwar ist die Arbeit der Kommission verbesserungsbedürftig, wie auch in deren letzten Sitzungen deutlich wurde, und es fehlt an einer zielführenden Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen. Weniger Diskurse und weniger sachbezogene Bürger*innenbeteiligung und die Verweisung in parteipolitisch dominierte Ausschüsse wären aber der falsche Weg für den dringend notwendigen Klimaschutz.

Zudem hatte die Klimaschutzkommission in ihrer jüngsten Sitzung das Thema einer Optimierung ihrer Arbeit selbst auf die Tagesordnung gesetzt und neue Anregungen zur Veränderung gesammelt. Dieser Prozess muss fortgesetzt werden und in zielführende Maßnahmen des Rats und der Verwaltung münden, statt die Kommission zu beerdigen. Wichtig ist dabei, das Expertenwissen besser nutzbar zu machen und den Willen und die demokratische Zivilgesellschaft zu stärken. Andere Städte haben dazu zum Beispiel sog. „Bürgerräte“ gebildet, die sehr viel Engagement und Sachwissen einbringen und so die parteipolitischen Querelen aus diesem wichtigen Gremium zurückdrängen.

Die Klimakrise wartet bekanntlich nicht, bis die letzte Fraktion sich klimapolitisch bewegt. Die völkerrechtsverbindliche 1,5-Grad-Grenze des Paris-Abkommens und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Art. 20a GG müssen darum auch in Koblenz ankommen! Wir fordern darum, die Auflösung der Klimaschutzkommission abzulehnen und zielführendere Alternativen zu entwickeln. Zusammen mit NGOs und Betroffenen müssen diese dann in den Stadtrat und die Verwaltung getragen und ohne ideologische Voreingenommenheiten zum Wohl der Stadt umgesetzt werden. Das Klimabündnis bietet hierbei seine Mitarbeit an.

Mehr Klimaschutz in unserer Stadt!

Vertretend für das Klimabündnis
C. Keul, S. Balk, M. Hoffmann, J. Gilcher, U. Lütge
Koblenz, 31.01.2024